

[Entzug des Führerscheins bei Nichterscheinen auf Vorladung: Das Verteidigungsministerium hat die Feinheiten erklärt](#)

15.11.2024

Eine vorübergehende Einschränkung des Rechts zu fahren kann bei Bürgern, die sich der Erfüllung ihrer militärischen Pflicht entziehen, nur durch einen Gerichtsbeschluss erfolgen.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels des [Onlineportals Korrespondent.net](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Eine vorübergehende Einschränkung des Rechts zu fahren kann bei Bürgern, die sich der Erfüllung ihrer militärischen Pflicht entziehen, nur durch einen Gerichtsbeschluss erfolgen.

Das Verteidigungsministerium erklärte, dass die in einigen Massenmedien verbreiteten Informationen über den automatischen Entzug des Führerscheins bei Nichterscheinen zu einer Vorladung nicht zutreffen. Ein Führerschein kann nicht wegen eines solchen Nichterscheinens entzogen werden.

Das Verteidigungsministerium erklärte, dass nach dem Gesetz eine vorübergehende Einschränkung der Fahrberechtigung für Bürger, die sich der Erfüllung ihrer militärischen Pflichten entziehen, nur durch eine gerichtliche Entscheidung erfolgen kann.

Zu diesem Zweck muss sich das territoriale Besatzungszentrum mit einer Klageschrift an das Gericht wenden, wenn der Bürger die Anforderungen zur Erfüllung der Militärflicht ignoriert. Die Klageschrift muss eine ausführliche Beschreibung der zu erfüllenden Anforderungen sowie Belege für die Pflichtverstöße des Bürgers enthalten. Nach Prüfung der Klageschrift entscheidet das Gericht über die vorübergehende Einschränkung des Rechts zu fahren nur unter der Bedingung, dass die Tatsache der Umgehung und Nichterfüllung der Militärflicht durch den Bürger bestätigt wird.

„Die Entscheidung über die vorübergehende Einschränkung des Führerscheins wird also erst nach Prüfung des Falles vor Gericht und nach Bestätigung der Verletzung der Anforderungen für die Erfüllung der militärischen Pflicht getroffen“, heißt es im Verteidigungsministerium.

Wir werden daran erinnern, dass die Streitkräfte der Ukraine vor Fälschungen über die Mobilisierung gewarnt haben. Für die Verbreitung falscher Informationen macht man sich strafbar.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 258

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.